

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Dezember 2017 | Nummer 4



Neuer Bericht der GfbV

## Mehr Platz für fahrende Roma in der Schweiz



*Im Rahmen des Projektes «Fahrende Roma in der Schweiz» hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Zusammenarbeit mit dem Verband Sinti und Roma Schweiz (VSRS) einen Bericht erarbeitet, der Aufschluss über die Lage und Bedürfnisse der fahrenden Roma in der Schweiz gibt sowie die Perspektive der Polizei einbezieht. Der Bericht zeigt auf, dass die Schaffung von zusätzlichen Halteplätzen nicht nur ein Bedürfnis der fahrenden Minderheiten, sondern auch ein klares Anliegen der Polizei darstellt. Ebenso haben viele Annahmen, die in Politik und Medien kursieren, mit der Realität der fahrenden Roma wenig zu tun. Diese und weitere Ergebnisse wurden Ende Oktober publiziert und an einer Fachtagung diskutiert.*

*«Die Sesshaften können oder wollen unsere fahrende Lebensweise nicht verstehen. Die heutigen Systeme sind nicht an die Fahrenden angepasst, im Gegenteil, es werden oft noch zusätzlich Hürden aufgestellt. Wir haben nun ein eigenes Haus und so mindestens eine feste Adresse. Die ohne festen Wohnsitz, die haben überall nur noch Probleme, das zerstört unsere fahrende Lebensweise», erzählt M.S., ein Vertreter fahrender Roma.*

Um die Perspektive der fahrenden Roma zu erfassen, haben die GfbV und der VSRS diesen Sommer 2017 Interviews mit 29 Vertreterinnen und Vertretern fahrender Roma-Gruppen in der Schweiz durchgeführt. Um die Sicht der Polizei zu erfassen, wurden Polizeistellen



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**

in frequentierten Kantonen angefragt. Fünf Polizeibeamte aus den Kantonen Thurgau, Zürich, Aargau und Bern fanden sich bereit, ihre Erfahrungen zu teilen. Aus dieser Gegenüberstellung geht deutlich hervor, dass der Mangel an Halteplätzen für fahrende Roma ein dringendes Problem in der Schweiz darstellt. Darin sind sich die befragten Roma und Polizeivertretenden einig.

In den Sommermonaten bereisen Roma in 500 bis 800, in den Spitzenmonaten sogar in bis zu 1500 Wohnwagen unser Land, doch stehen ihnen gemäss dem aktuellen Standbericht der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende nur vier grosse Halteplätze zur Verfügung. *«Es ist eine Katastrophe. Es nützt den Fahrenden nichts, wenn sie in Basel einen Platz haben und im Bündnerland. Sie müssen [...] auch Plätze haben, wo sie arbeiten können. Man sollte [...] überall mehr Plätze haben»*, so ein Polizeivertreter. Die Situation für fahrende Roma hat sich in den letzten Jahren zudem stark verschlechtert, da viele Kantone ihre wenigen Plätze ausschliesslich Schweizer Fahrenden zur Verfügung stellen. Aufgrund des akuten Platzmangels sehen sich fahrende Roma aus dem Ausland daher gezwungen, auf den sogenannten Spontanhalt auszuweichen. Damit sind kurzfristige Aufenthalte ausserhalb offizieller Durchgangsplätze gemeint, wo Wohnwagen bei Landwirten, Gewerbebetrieben oder öffentlichen Flächen von Gemeinden gegen Entgelt aufgestellt werden. Die Mehrheit dieser Abmachungen verläuft reibungslos. In einigen Fällen kommt es jedoch zu Konflikten zwischen fahrenden Roma-Gruppen, Landbesitzenden, Behörden und der Polizei. Diese werden von Medien und Politik aufgegriffen und als «illegale Besetzungen» medial ausgetragen. Die Negativberichterstattungen über diese Konflikte wiederum schüren antiziganistische Vorurteile in der Bevölkerung. Dadurch werden politische Prozesse ausgebremst, welche die Einrichtung von Halteplätzen zum Ziel haben.

### Europäische Nachbarn mit gleichen Rechten

Einen Schwerpunkt legt der Bericht auf den völker- und verfassungsrechtlichen Schutz der fahrenden Roma. Aufgrund des Diskriminierungsverbotes in der Schweiz und des Minderheitenschutzes haben auch ausländische Fahrende Anspruch auf Halteplätze. Sind sie im Besitz einer Reisengewerbebewilligung, ist es ihnen auch erlaubt, hier erwerbstätig zu sein. Die meisten fahrenden Roma, welche die Schweiz durchreisen, stammen aus west- und nordeuropäischen Ländern und halten sich jeweils mehrere Monate in der Schweiz auf. Gemäss Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union haben sie das Recht auf Einreise und Aufenthalt sowie Recht auf gleiche Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie Schweizerinnen und Schweizer. Die Diskriminierung von ausländischen Fahrenden auf Schweizer Halteplätzen zeigt jedoch auf, dass die Realität eine andere ist. Laut den befragten Personen aus fahrenden Roma-Gemeinschaften schneidet die Schweiz in Bezug auf Quantität und Qualität der Halteplätze im Vergleich zu anderen europäischen Ländern äusserst schlecht ab. Hinzu kommen Vorurteile, die in der Schweizer Bevölkerung weit verbreitet sind und die sich teilweise in offenem Rassismus äussern. Ein Beispiel dafür liefern die Plakate gegen «Zigeuner», die im Berner Wileroltigen

im Sommer 2017 auf Privatgrundstücken errichtet wurden. Hinzu kommen übermässig viele Kontrollen durch die Polizei: *«Nein, es ist nicht normal, dass wir rund um die Uhr kontrolliert werden. Dann fragt man sich noch, warum wir nicht immer cool reagieren, wenn die Polizei schon wieder auffährt»*, so die Antwort von A.C. in unserem Bericht.

### Die Sicht der Polizei

Die Ergebnisse aus den Befragungen der Polizei zeigen deutlich, dass bei der Polizei nur beschränktes Wissen zur Lebensweise der Roma vorhanden ist und dass Weiterbildungsangebote begrüsst würden. Zudem übernimmt die Polizei im Zusammenhang mit fahrenden Roma oft Aufgaben, die nicht in ihr primäres Tätigkeitsfeld fallen. Die meisten Durchgangs- und Transitplätze werden direkt von der Polizei verwaltet. Beim Spontanhalt kommt es regelmässig vor, dass die nötige Infrastruktur von der Polizei bereitgestellt und kontrolliert wird. Ihr Verhandlungsspielraum gegenüber fahrenden Roma wird durch den Platzmangel stark eingeschränkt. Eine Zunahme der Kriminalität, die im Zusammenhang mit fahrenden Roma insbesondere von der Politik suggeriert wird, lässt sich laut den befragten Polizisten nicht feststellen.

### Empfehlungen und Forderungen

Zusammen mit dem Verband Sinti und Roma Schweiz (VSRS) formuliert die GfbV konkrete Empfehlungen und Forderungen an Politik, Behörden und Polizei. Eine Priorität ist klar die Schaffung von Halteplätzen. Zudem sollen fahrende Roma in Planungsprozesse von Halteplätzen einbezogen werden und auf amtlicher Ebene ist eine bessere Koordination zwischen den Fachstellen für Raumplanung, den kantonalen Polizeibehörden und den Landbesitzenden erstrebenswert. Ausserdem sind Geschichte, Kultur und Bedürfnisse von fahrenden Minderheiten in Weiterbildungsangeboten in polizeiliche Ausbildungsstätten einzubeziehen. Schliesslich wird Landbesitzenden empfohlen, verstärkt auf so genannte Musterverträge zurückzugreifen, wenn sie ihr Land an fahrende Gruppen vermieten wollen.

*Text: Angela Mattli, Rahel Jud und Delia Brändli*

**> Mehr Informationen zum Projekt und der neue Bericht:**  
[www.gfbv.ch/platz-fuer-fahrende-roma](http://www.gfbv.ch/platz-fuer-fahrende-roma)

**Das Projekt «Fahrende Roma in der Schweiz» wird unterstützt von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung, dem Bundesamt für Kultur, Migros Kulturprozent sowie Swisslos/Kultur Kanton Bern.**



## Editorial

In der Schweiz gibt es für fahrende Roma viel zu wenig Halteplätze: Zu diesem Schluss kommt unser Bericht, den wir gemeinsam mit dem Verband Sinti und Roma Schweiz Ende Oktober veröffentlicht haben. In diesem Punkt sind sich die befragten Roma wie auch die im Bericht zitierten Polizisten einig. Denn für die bis zu 1500 Wohnwagen, welche in den Sommermonaten unser Land durchqueren, stehen nur vier grosse Halteplätze zur Verfügung. In den letzten Jahren hat sich die Situation für fahrende Roma verschlechtert: Viele Kantone haben begonnen, ihre Plätze nach «ausländischen» und «Schweizer» Fahrenden aufzuteilen – wobei die «ausländischen» Fahrenden vielerorts leer ausgehen.

Dies ist umso stossender, als dass die meisten Roma, welche die Schweiz bereisen, aus West- und Nordeuropa stammen und im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union das Recht auf Einreise, Ausreise und Arbeit in der Schweiz haben. Weitere Erkenntnisse des Berichts «Fahrende Roma in der Schweiz», aber auch Empfehlungen und Forderungen an Politik, Behörden und Polizei finden Sie in dieser Voice ab Seite 1.

Zwischen August und Oktober 2017 sind mehr als 600 000 Angehörige der Minderheit der Rohingya aus Burma geflohen. Hunderte Dörfer wurden gezielt zerstört; Flüchtlinge berichten über eine massive Verfolgung der Zivilbevölkerung durch die burmesische Armee und buddhistische Extremisten. «Es geht nicht an, dass die Welt tatenlos zuschaut, wie in Burma Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden», kritisiert Ulrich Delius, Asien-Spezialist und Direktor der GfbV Deutschland. Seine Analyse zur Situation der Rohingya und zur Verantwortung der internationalen Gemeinschaft lesen Sie ab Seite 6.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Angela Mattli, Kampagnenleiterin Minderheiten & Diskriminierung



**Andreas Geringer alias Panscho**  
Andreas Geringer ist Präsident des Verbandes Sinti und Roma Schweiz (VSRS) und im Rahmen des Pilotprojektes «Fahrende Roma in der Schweiz» als interkultureller Vermittler tätig. Dieses Projekt will seit Frühling 2017 Konflikte zwischen fahrenden Roma-Gruppen aus dem Ausland, Landbesitzenden, Polizei und Behörden entschärfen.

Unter den fahrenden Gruppen wird Andreas Geringer Panscho genannt. Er ist halb Sinto und halb Jenischer und mit der Kultur der fahrenden Minderheiten in der Schweiz aufgewachsen. Als «Fahrender» ist er sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland unterwegs und kennt die verschiedenen Gepflogenheiten auf den Durchgangsplätzen aus eigener Erfahrung. Mit diesem Hintergrund ist er als interkultureller Vermittler tätig. So steht er beratend zur Seite, wenn Bauern ihr Land an fahrende Gruppen vermieten wollen, klärt Polizisten über kulturelle Eigenheiten der fahrenden Roma auf und informiert fahrende Gruppen über geltende Sicherheits- und Umweltbestimmungen in der Schweiz. Panschos Verständnis für beide Kulturen macht ihn zu einem wichtigen Akteur, wenn es um die Lösung von Konflikten zwischen fahrenden Minderheiten und der sesshaften Mehrheitsbevölkerung geht.

## GUT BESUCHTE FACHTAGUNG

Im Rahmen des Projektes «Fahrende Roma in der Schweiz – Information, Mediation und Sensibilisierung» organisierte die GfbV am 31. Oktober 2017 eine Fachtagung. Im Hotel Kreuz in Bern kamen rund 60 Personen zusammen, um sich über die Situation fahrender Roma in der Schweiz zu informieren und auszutauschen. In einer Podiumsdiskussion erörterten Fachleute aus Polizei, Behörden, Politik und Recht sowie zwei Mediatoren vom Verband Sinti und Roma Schweiz (VSRS) ihre Herausforderungen und Perspektiven. Des Weiteren wurden Erfahrungen aus den Vermittlungseinsätzen und Erkenntnisse aus dem neuen Bericht präsentiert.



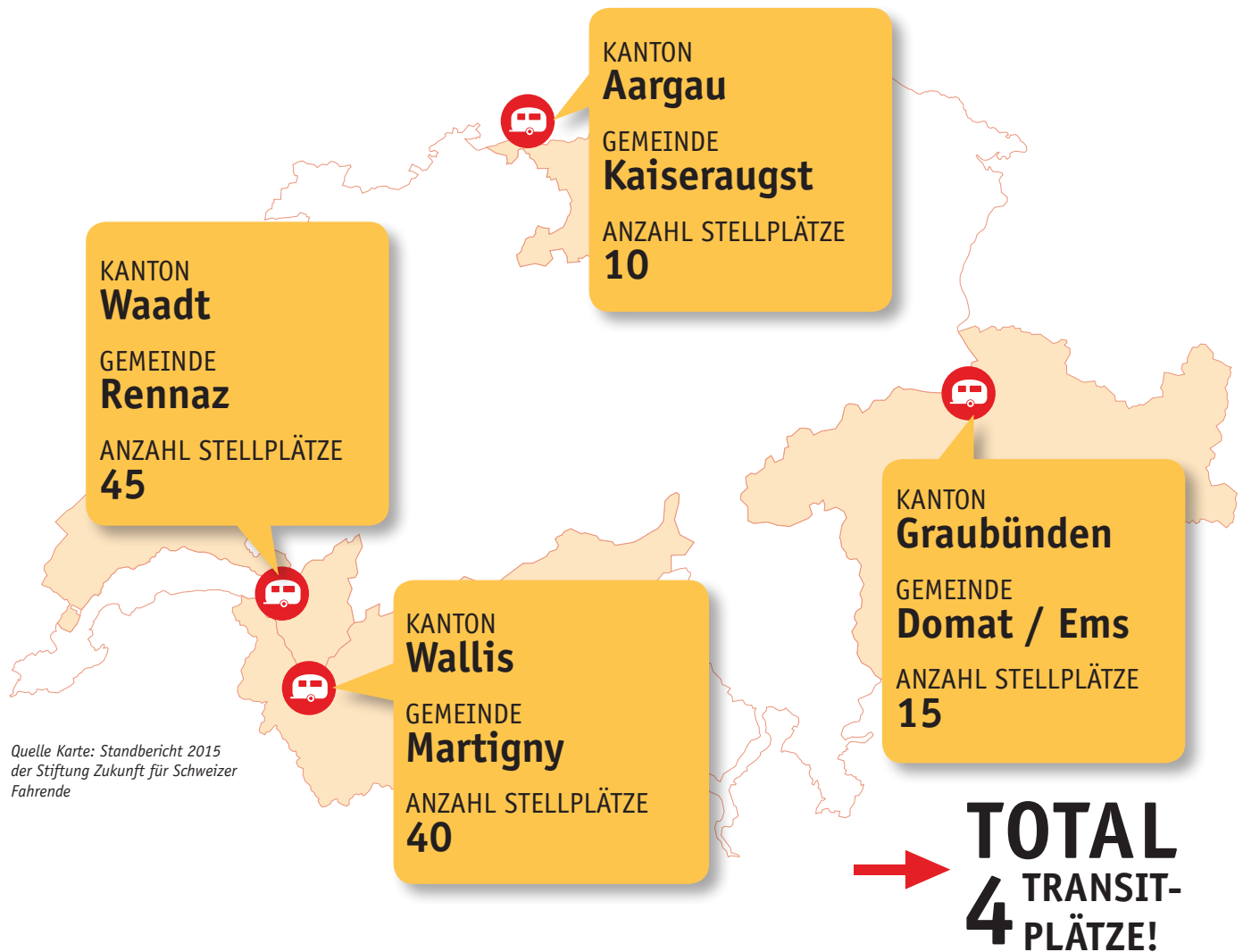
Foto: © Eric Roset

## IMPRESSUM

VOICE 4-2017, Dez. 2017 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermerweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Delia Brändli, Rahel Jud, Ulrich Delius, Yves Bowie **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfoto:** Eric Roset

# Fahrende Roma in der Schweiz

Für ihren Bericht «Fahrende Roma in der Schweiz» haben die GfbV und der Verband Sinti und Roma Schweiz (VSRS) im Sommer 2017 Interviews mit 29 Vertreterinnen und Vertretern fahrender Roma-Gruppen in der Schweiz sowie mit Polizeibeamten durchgeführt. Die Infografik veranschaulicht eine Auswahl der Ergebnisse.



Quelle Karte: Standbericht 2015 der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende



## FAKTOREN FÜR ROUTENWAHL



Haltemöglichkeiten



Kundenstamm und Auftragslage



Sprachkenntnisse



Familiäre Pläne



## KONFLIKTE AUS SICHT DER POLIZEI



Agressives Hausieren



Ausführung von handwerklichen Arbeiten ohne Beachtung der Umweltvorschriften




Littering



Verrichten der Notdurft im Freien

## BERUFE

-  Autohandel
-  Bauspenglerei und Kupferschmiede-Handwerk
-  CNC Programmierung (CNC sind Werkzeugmaschinen mit Steuerungstechnik)
-  Detailhandel (Kauf und Verkauf)
-  Gartenarbeit
-  Immobilienhandel
-  Malerarbeiten
-  Messer- und Scherenschleifer-Handwerk
-  Schmuckhandel
-  IT Programmierung (Lösungen für SQL Datenbanken)
-  Webdesign

## HERKUNFT

-  Belgien
-  Belgien und Frankreich
-  Deutschland
-  Frankreich
-  Frankreich und Luxemburg
-  Niederlande
-  Norwegen und Frankreich
-  Schweden und Frankreich
-  Schweden und Finnland
-  Spanien

## FORDERUNGEN

Die GfbV formuliert zusammen mit dem Verband Sinti und Roma Schweiz (VSRS) die folgenden, konkreten Forderungen und Empfehlungen an Politik, Behörden und Polizei.

### Halteplätze

- Es sollen mehr Plätze für alle fahrenden Gruppen mit der nötigen Infrastruktur für einen mehrmonatigen Aufenthalt eingeplant werden.
- Der Spontanhalt soll weiterhin als Haltmöglichkeit gewährleistet bleiben. Dieser Halteform sollen keine weiteren rechtlichen Hürden entgegengestellt werden.

### Partizipation

- Fahrende Roma sollen in Planungsprozesse von Halteplätzen einbezogen werden.
- Interkulturelle Vermittlung zwischen Fahrenden und Sesshaften soll unterstützt, ausgeweitet und institutionalisiert werden.
- Die Halteplätze in der Schweiz sollen künftig nicht mehr von der Polizei, sondern von Privatpersonen verwaltet werden.
- Die Geschichte und Kultur der Roma soll in den Schulunterricht integriert werden, um Vorurteile und Misstrauen gegenüber Roma in der Schweiz abzubauen.

### Polizei, Politik, Behörden und Landbesitzende

- Eine bessere Koordination zwischen den Fachstellen für Raumplanung, den kantonalen Polizeibehörden und den Landbesitzenden ist notwendig.
- Polizeiliche Ausbildungsstätten sollen Workshops und Weiterbildung zum Thema Geschichte, Kultur und Bedürfnisse Roma anbieten.
- Auf eine Verschärfung des Reisengewerbegesetzes, die den Entzug oder Verweigerung der Reisengewerbewilligung bei Störung der öffentlichen Ordnung vorsieht, soll verzichtet werden, da sie leicht missbraucht werden kann, um Fahrende wegen Geringfügigkeiten zu vertreiben.



## Verfolgt und vertrieben – Burmas Rohingya suchen Schutz



Foto: ©SK-Hasan Ali, Shutterstock

In Burma wird der Kampf um die Macht im Land auf dem Buckel der Minderheit der Rohingya ausgetragen.

**Die dramatischen Bilder von der Flucht Hunderttausender Rohingya aus dem nördlichen Rakhine-Staat in Burma/Myanmar gehen um die Welt. Frauen, Kinder, alte Menschen – fast alle Angehörigen der in Burma verfolgten muslimischen Minderheit sind auf der Flucht. Ihr Exodus ist entbehrungsreich. Die meisten Rohingya haben nur ihr Leben retten können und ihr ganzes Hab und Gut verloren. So sind sie vollkommen auf Hilfe von aussen angewiesen, um zu überleben.**

Allein 320 000 Kinder haben Hilfsorganisationen unter den mehr als 600 000 Flüchtlingen gezählt, die zwischen August und Oktober 2017 aus Burma vertrieben wurden. Anfangs verwehrte ihnen das Nachbarland Bangladesch sogar die Aufnahme. So lagerten zehntausende Menschen tagelang am Grenzfluss Teknaf, weil das mehrheitlich muslimische Nachbarland Bangladesch ihnen den Zutritt verwehrte. Doch schliesslich mussten Bangladeschs Behörden nachgeben, weil der Druck auf das Land zu gross wurde, um die Tragödie weiter zu ignorieren.

Bangladesch will um jeden Preis verhindern, dass die Flüchtlinge längerfristig im Land bleiben. Mehrfach waren in den

80er- und 90er-Jahren Hunderttausende Rohingya vor der Verfolgung durch die damals in Burma regierende Militärjunta in das Nachbarland geflohen. Meist wurden sie später gegen ihren Willen repatriert.

### Ethnische Säuberungen

Doch diesmal ist es ein noch gewaltigerer Exodus. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen befürchten, bis Ende dieses Jahres könnten alle bislang in Burma lebenden 1,1 Millionen Rohingya die Flucht ergriffen haben. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein spricht von ethnischen Säuberungen und vergleicht die von Soldaten verübten Menschenrechtsverletzungen mit Verbrechen der Terrororganisation Islamischer Staat. Systematisch umzingelt die Armee Rohingya-Dörfer, fordert die Minderheit zum Verlassen der Region auf und unterstreicht dies mit Verbrechen an der Zivilbevölkerung. So berichten Flüchtlinge von Vergewaltigungen, willkürlichen Erschiessungen und anderen Gräueltaten.

Die Armee und die Regierung Burmas leugnen jede Verantwortung für die Verbrechen und rechtfertigen ihr Vorgehen mit Angriffen der seit Herbst 2016 bestehenden bewaffneten Bewegung Arakan

Rohingya Salvation Army (ARSA). Doch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte wies in einem im Oktober veröffentlichten Untersuchungsbericht darauf hin, dass die systematischen Übergriffe der Armee auf die Dorfbewohner schon vor dem Angriff der ARSA auf Militärposten am 25. August 2017 begannen und nicht wie von den Militärs behauptet, eine Antwort auf die Gewalt der ARSA sind. Die Bekämpfung von Aufständischen ist in jedem Fall kein Freibrief für Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Zivilisten.

Armee-Oberbefehlshaber General Min Aung Hlaing erklärte mehrfach öffentlich, die Flüchtlinge seien «bengalische Migranten», für die es keinen Platz in Burma gebe. Dies ist auch die Sicht der Regierung Burmas, die den Rohingya die Staatsbürgerschaft verweigert und ein apartheidähnliches System etabliert hat, um ihnen grundlegende Menschenrechte zu verweigern. So können sie sich weder frei im Land bewegen noch Arbeit finden, noch ohne Genehmigung heiraten oder Kinder bekommen. Burma hat mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 fast unüberwindliche Hürden errichtet, damit Rohingya die Staatsbürgerschaft erhalten können. So müssen sie mit Do-

kumenten beweisen, dass ihre Familie seit 1850 im Land lebt. Dieser Beweis fiel wohl auch vielen Militärs schwer, da sie selbst auch nicht über solche Belege verfügen. Für die Rohingya bedeutet es den Ausschluss von Bürgerrechten, selbst wenn sie seit Generationen in Burma ansässig sind.

### Es geht um die Macht im Land

Wenn nun die Armee gewaltsam Rohingya vertreibt, so geht es ihr primär nicht um den Status der Minderheit, sondern um die Machtfrage im Land. Systematisch benutzt das Militär die Rohingya-Frage, um der Regierung unter Staatsrätin Aung San Suu Kyi ihre Grenzen aufzuzeigen und sie vor einer weiteren Demokratisierung zu warnen. Mit jedem brennenden Rohingya-Dorf macht sie der Friedensnobelpreisträgerin deutlich, dass sie keine Macht über das Militär hat. Die Rohingya sind dabei nur Mittel zum Zweck – eine grausame Strategie und eine Instrumentalisierung der staatenlosen Minderheit.



Foto: © Hafiz Johari, Shutterstock

Die Flüchtlinge sind vollkommen auf Hilfe von aussen angewiesen, um zu überleben.

Immer brennender stellt sich dabei die Frage, wie viele Tote und Vertriebene eine Demokratisierung in Burma verträgt. Lang haben vor allem die Staaten Europas zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschwiegen, um Aung San Suu Kyi nicht zu schwächen. Angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen war auch diese Haltung zynisch. Denn das Stillhalten wird zwar oft mit der Angst vor einem Militärputsch begründet – doch die ist unbegründet. Denn für die Militärs ist die Aufgabenteilung praktisch: Sie morden und vertreiben, und Aung San Suu Kyi verhindert mit ihrem Nimbus als Friedensikone schärfere Sanktionen. Die grossen Verlierer sind dabei die Rohingya.

Text: Ulrich Delius, Asien-Experte und Direktor der GfbV Deutschland

## NEWS

### 👤 Iranaitivu, Sri Lanka – Bewohner und Bewohnerinnen möchten ihre Insel zurück

Seit dem 1. Mai 2017 protestieren die vertriebenen Bewohner und Bewohnerinnen der kleinen Insel Iranaitivu vor der Nordwestküste Sri Lankas. Sie fordern, dass sie wieder auf ihrer Insel leben und arbeiten dürfen.

#### Rückkehr in eine besetzte Heimat

Bereits 1992, während des sri-lankischen Bürgerkrieges, verliessen rund 150 tamilische Familien ihre Heimatinsel Iranaitivu – aus Angst: Auf zwei Nachbarinseln waren mehrere Zivilisten durch die sri-lankische Marine getötet worden. Bis vor zehn Jahren konnten die Familien jedoch regelmässig zu ihrer angestammten Insel fahren, um Kokosnüsse zu sammeln und nach ihren Kühen zu schauen. Als es 2007 zu einer brutalen Offensive des sri-lankischen Militärs kam, sahen sie sich allerdings gezwungen, an die Ostküste Sri Lankas zu flüchten. Von dort aus wurden sie in das Internierungslager Menik Farm gebracht. Als die tamilischen Bewohner und Bewohnerinnen nach dem Ende des Bürgerkrieges 2009 zurückkehrten, wurde ihnen von der Marine untersagt, auf Iranaitivu zu wohnen. Die Marine besetzte fortan die kleine Insel und beschränkte den Zugang zur Insel für deren ursprünglichen Bewohner und Bewohnerinnen. So durften Fischer nur noch einen kleinen Strandabschnitt von 300 Metern benutzen, Frauen war es komplett untersagt, die Insel zu betreten und katholischen Familien war es nur einmal im Jahr erlaubt, ihre Kirche zu besuchen. Den ursprünglichen Bewohnern wurde so ihre Heimat genommen und zum Teil sogar ihre Lebensgrundlage entzogen.

#### Proteste sollen Wirkung zeigen

Die vertriebenen Bewohner und Bewohnerinnen – heute nicht mehr 150, sondern 400 Familien – haben am 1. Mai beschlossen, einen kontinuierlichen Protest zu beginnen – bis sie wieder auf ihre Insel Iranaitivu zurückkehren können. Einige der Protestierenden schlafen auf dem Protestgelände. Als Antwort auf den Protest hat die sri-lankische Regierung im August versprochen, die Insel wieder freizugeben. Darauf warten die Protestierenden aber bis heute. Die GfbV unterstützt die Protestierenden; Landraub soll sich nicht lohnen.

Text: Yves Bowie, Kampagnenleiter Sri Lanka



## «In der Schweiz hat sich die Situation für Roma kaum verbessert»



Foto: © z/Mg

Der Fotograf Eric Roset begleitet mit seiner Kamera den Alltag von Roma und engagiert sich mit einer eigenen Organisation für deren Rechte.

**«Die Kultur der Roma fotografisch zu dokumentieren ist meine Leidenschaft», sagt Eric Roset, selbständiger Fotograf aus Genf. Seit 18 Jahren begleitet er Roma in ihrem Alltag und möchte mit seinen Fotos auf ihre Situation aufmerksam zu machen. 2007 hat er die Organisation «Mesemrom» mitgegründet, die versucht, die Situation der prekarierten Roma-Migranten und -Migrantinnen zu verbessern.**

### Eric Roset, wie hast Du begonnen, Dich für Roma zu interessieren?

Anfangen hat es mit einer Reise nach Rumänien, woher meine Frau stammt. Roma sind in Rumänien stark präsent und mich hat vor allem der grassierende Rassismus schockiert: Es ist ein Rassismus, der aus allen Gesellschaftsschichten kommt, auch von gebildeten Leuten. So begann ich mich für Roma zu interessieren und sie zu treffen.

### Du hast viele Roma-Gruppen getroffen und sogar ihre Sprache gelernt. Was fasziniert Dich an der Kultur der Roma?

Unter Anderem finde ich es unglaublich, wie Roma es geschafft haben, trotz jahrhundertelanger Verfolgung ihre Kultur zu erhalten. Ich bin mit mehreren Roma-Familien befreundet; es sind zum Teil sehr enge Bindungen entstanden. Einige treffe ich jedes Jahr bei der Wallfahrt nach Saintes-Maries-de-la-Mer, welche Tausende von Roma zusammenbringt. Ich finde es spannend, wie sich ihre Sprache, das Romanes, entwickelt und andere Sprachen ihren linguistischen Abdruck darin hinterlassen haben. Umgekehrt hat das Romanes wiederum andere Sprachen beeinflusst und geprägt. So stammt zum Beispiel das spanische Wort «chaval» (deutsch «Junge») vom Wort «chavalé» ab, das auf Romanes «Kinder» bedeutet.

### Mit Deinem Engagement möchtest Du die verbreiteten negativen und stereotypen Bilder über Roma verändern. Wie gelingt das?

Leider verändert sich viel zu wenig. Es ist idealistisch zu denken, dass meine Fotos etwas verändern, es braucht die rechtliche Arbeit. Deshalb haben wir die Organisation «Mesemrom» gegründet, die in Genf ein paar Veränderungen bewirkt hat: Dank «Mesemrom» gibt es ein Netzwerk für Roma; sie sind weniger unsichtbar und die Leute haben mehr Verständnis für ihre Situation. Auch unsere rechtliche Arbeit hat ein bisschen etwas verändert. Wir konnten zum Beispiel verhindern, dass einzelne Personen wegen Betteln ins Gefängnis gehen mussten.

### Was müsste sich in der Schweiz bezüglich der Situation von fahrenden Roma verändern?

Ein grosses Problem ist die Schweizer Politik gegenüber fahrenden Minderheiten. Es müssten ganz klar mehr Plätze geschaffen werden – nicht nur für Roma, sondern für alle Fahrenden; Schweizer und Ausländer. Meiner Meinung nach müsste es Durchgangsplätze in allen Kantonen geben. Aufgrund dieser Situation entstehen Konflikte zwischen Roma und Jenischen. Obwohl sie dieselben Interessen haben, halten sie oft nicht zusammen. Deshalb braucht es auch Vermittlung zwischen ihnen.

Interview: Delia Brändli, GfbV-Praktikantin Kommunikation



Fotos von Eric Roset finden sich im neuen GfbV-Bericht «Fahrende Roma in der Schweiz» sowie in dieser Ausgabe der Voice.

[www.eric-roset.ch](http://www.eric-roset.ch) / [www.mesemrom.org](http://www.mesemrom.org)



Foto: © Eric Roset